

Alarm im Pflegeheim

FAZ / 29.09.2015

Forscher warnen: 2030 fehlen 220 000 Heimplätze und mehr als 50 000 Pfleger

ami. BERLIN, 28. September. Deutschland ist auf die Alterung der Bevölkerung und die wachsende Pflegebedürftigkeit seiner Alten nicht gut vorbereitet. Zu dem Schluss kommt eine Studie des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) Köln. Demnach müssen binnen 15 Jahren bis zu 220 000 zusätzliche stationäre Pflegeheimplätze geschaffen werden. Unklar ist, in welchem Umfang der bisherige Bestand an Pflegeeinrichtungen modernisiert werden kann oder neu gebaut werden muss. Das würde zusätzliche Investitionen bedeuten, wobei das IW auf eine Abschätzung der gesamten Investitionskosten verzichtet hat. In der ambulanten Pflege, die ebenfalls stark zunehmen wird, rechnen die Forscher mit einem Bedarf von bis zu 53 000 Vollzeitstellen.

Ende März hatten laut Gesundheitsministerium mehr als 2,7 Millionen Menschen einen Anspruch auf Hilfen der Pflegeversicherung. Das IW kalkuliert für das Jahr 2030 mit einer Zunahme der Pflegefälle um 670 000 bis 828 000. Die niedrigere Zahl unterstellt, dass die Menschen bei zunehmendem Alter auch erst später ins Pflegeheim gehen, ihr Eintritt sich also nur nach hinten verschiebt. Auf die höhere Zahl kommen die Forscher, indem sie von einem früheren Eintritt und einer längeren Verweildauer im Pflegeheim ausgehen. Auswirkungen des derzeit vorbereiteten Umbaus der Pflegeversicherung, die die Zahl der Anspruchsberechtigten laut Regierung um

rund eine halbe Million erhöhen soll, würden die IW-Zahlen entsprechend nach oben treiben.

Nach der Rechnung fehlen in 15 Jahren bundesweit 220 000 Heimplätze bei dann einer Million Heimpatienten. Der regionale Vergleich zeigt gravierende Unterschiede: Im bevölkerungsreichen Nordrhein-Westfalen müssten fast 48 000 zusätzliche Pflegeplätze geschaffen werden. Das ist immerhin ein Plus von 23 Prozent, in Bayern wären es mit fast 23 000 Plätzen auch noch 13 Prozent mehr. „Unter den Stadtstaaten scheint Berlin am wenigsten gerüstet. Hier müssen die Kapazitäten – bei einem unveränderten stationären Versorgungsanteil – um 38 Prozent aufgestockt werden“, sagte IW-Direktor Michael Hüther. Allein das Saarland erscheine gut gerüstet, dort fehlten nur etwa 1000 Plätze.

Die Pflegegesetze der vergangenen Jahre zielten vor allem auf die Stärkung der häuslichen Pflege durch Angehörige oder Ehrenamtliche ab. Mittel waren mehr Geld für die Betreuung, Hilfen für den Umbau der Wohnung bis hin zu Verbesserungen für pflegende Angehörige wie der befristeten Freistellung vom Arbeitsplatz oder Anrechnungen bei der Rente.

Die Forscher trauen diesem Ansatz aber nur wenig Erfolg zu. „Bislang fehlen empirische Beweise dafür, dass die familiäre oder nachbarschaftliche Pflege steigt“, sagte IW-Forscher Jochen

Pimpertz. Bundesweit gebe es eher einen Trend hin zu mehr professioneller Pflege. Auch spielten gesellschaftliche Entwicklungen eine wichtige Rolle: Die Zahl der Ein-Personen-Haushalte steige, genau wie die Gruppe der Kinderlosen. Partner und Kinder fielen damit immer häufiger als potentielle Pfleger weg. Auch sei nicht absehbar, wie sich die steigende Erwerbstätigkeit von Frauen auf deren Pflegebereitschaft auswirkt. „Bislang übernehmen vor allem Töchter, Schwestern und Schwiebertöchter die Pflege, was sich allein rein zeitlich meist nicht mit einem Job vereinbaren lässt.“ Bundes- und Landesregierung müssten schnell reagieren, sagte Pimpertz. Denn der notwendige Ausbau der Pflegeinfrastruktur brauche seine Zeit.

Die Politik solle dabei keine einzelne Versorgungsart bevorzugen, ob ambulant, in Wohngemeinschaften oder Heimen. Die Länder, die den Heimen – oft unterschiedliche – Vorgaben über Größe und Ausstattung der Einrichtungen machen, sollten ihre Pflegepolitik überprüfen. So sei eine detailversessene Regulierung bis hin zur Zimmerausstattung kontraproduktiv, gerade wenn diese Vorschriften Grundlage für die Berechnung erstattungsfähiger Investitionskosten seien und überdies fortlaufend verändert würden. Das schrecke dringend benötigte Investoren ab und gefährde mittelfristig unternehmerisches Engagement. Das aber sei nötig, damit genügend Plätze angeboten würden.